

Donald Trumps geheimer Friedensplan

Er wollte die Ukraine zur Schweiz Osteuropas machen und den Donbass den Russen überlassen. Beraten wurde Präsident Trump gemäss *Weltwoche*-Recherchen von *Elder Statesman* Henry Kissinger.

Urs Gehrig

DIE WELTWOCH

Nummer 14 – 6. April 2023 – 91. Jahrgang

Er wisse, wie in der Ukraine Frieden zu schliessen sei, erklärte Donald Trump neulich. Die Verhandlungen, die er im Sinn habe, seien «sehr einfach» zu bewerkstelligen. «Ich werde das Problem innerhalb eines Tages gelöst haben», sofern er wieder ins Weisse Haus gewählt werde.

Die Ankündigung klang wie eine typische trumpsche Prahlerei, zumal er sich weigerte, Details über seinen Verhandlungsplan preiszugeben. Doch offenbar steckt mehr dahinter. Wie die *Weltwoche* von Quellen mit direktem Zugang zu Trump erfahren hat, liess er während seiner Amtszeit einen Plan ausarbeiten, der auf eine friedliche Aussöhnung der Nachbarn Ukraine und Russland abzielte.

Dieser sah vor, dass die 2014 völkerrechtswidrig annektierte Krim bei Russland bleiben und der Donbass – der nach Trumps Demission im Zuge der russischen Invasion weitgehend von Putins Truppen erobert wurde – Russland zugeschanzt werden sollte. Moskau würde Garantien abgeben, die neu gezogenen Grenzen zu respektieren. Westliche Staaten wiederum würden Kiew Schutzgarantien aussprechen, für den Fall, dass Russland wortbrüchig werden sollte. Die Ukraine würde jedoch nicht Teil der Nato, sondern ein bündnisfreier und neutraler Staat werden, vergleichbar mit der Schweiz. In der Tat sei das Stichwort «Schweiz» in diesem Zusammenhang explizit gefallen, wie eine Quelle bestätigt, die von Trumps Plänen Kenntnis hat.

Kein Erzfeind

Trump's Plan zur Aussöhnung sei bis zu seinem Rücktritt im Januar 2021 in Ausarbeitung gewesen und hätte während einer zweiten Amtszeit realisiert werden sollen. Als Joe Biden und die Demokraten an die Macht kamen, drehte der Wind. Statt auf Aussöhnung standen die Zeichen auf Konfrontation.

Anders als Biden sieht Trump in Putin bis heute keinen Erzfeind der USA. Er habe einen guten Draht zum russischen Präsidenten, beteuerte er während seiner Amtszeit stets. Und wiederholt sprach er sich für eine Aussöhnung der zerstrittenen Nachbarn aus. Noch im Jahr



«Grossartige Sache für die Welt»: Trump mit Putin (l.) in Hamburg, 2017.

seiner Abwahl erklärte Trump: «Nun, ich würde sie gerne zusammenkommen sehen.» In Reaktion auf damalige Anschuldigungen Putins, andere Länder versuchten, die Nachbarn Russland und Ukraine zu entzweien, sagte Trump

Als Joe Biden und die Demokraten an die Macht kamen, drehte der Wind.

am 23. Februar 2020 vor seinem Jungfernflug nach Indien: «Es wäre eine grossartige Sache für die Welt [...] wenn die Ukraine und Russland eine Vereinbarung treffen könnten, in der sie miteinander auskommen.»

Derweil positionierte sich seine Regierung klar hinter der Ukraine. «Im Juli 2018 veröffentlichte das Aussenministerium die Krim-Erklärung, in der unter anderem bekräftigt wurde, dass «die Krim zur Ukraine gehört», schreibt Trumps Aussenminister Mike Pompeo in seinen jüngst veröffentlichten Memoiren «Never Give an Inch». «Die Erklärung war eine Linie der Abschreckung. Sie teilte dem Kreml mit, dass jeder weitere Versuch, die Ukraine einzu-

nehmen, Konsequenzen seitens der Vereinigten Staaten nach sich ziehen könnte.»

Es blieb nicht bei verbalem Beistandsbekundungen. Trumps Regierung rüstete die Ukraine substanziell auf, wie Pompeo darlegt. «Unsere Regierung wusste, dass Putin, wenn wir die Ukraine mit genügend Waffen, Munition und anderen militärischen Ausrüstungsgegenständen ausstatten, zu dem Schluss kommen könnte, dass eine Herausforderung der Ukraine nicht im Interesse seines Landes liegt.»

Trump habe bei der Frage der Aufrüstung zuerst gezögert, schreibt Pompeo. «Der Präsident sträubte sich zunächst gegen die Lieferung von Verteidigungswaffen an die Ukraine, doch wiederholte Bemühungen von Bolton (nationaler Sicherheitsberater), Esper (Verteidigungsminister) und mir überzeugten ihn schliesslich davon, dass es das Richtige für Amerika war.»

Während Trumps Regierung der Ukraine militärisch und politisch beistand, kursierten bereits früh in seiner Amtszeit Meldungen, laut denen der US-Präsident und enge Mitarbeiter Möglichkeiten für einen Frieden zwischen der Ukraine und Russland ausloteten.

«A Back-Channel Plan for Ukraine and Russia», titelte die *New York Times* kurz nach Trumps Amtsantritt im Februar 2017, «mit

Talkshow-Moderator Sean Hannity in dessen Radiosendung gesagt, er hätte mit Putin «schlimmstenfalls» einen Deal gemacht, der es

**Berlins Botschaft
des Rechtsbruchs**

freundlicher Genenmung von Trump-Mitarbeitern». In den folgenden Jahren war in der amerikanischen Mainstream-Presse wiederholt zu lesen, Trump stehe unter dem Einfluss von ukrainischen oder russischen Einflüsterern, die ihn auf eine Putin-genehme Lösung einstimmen wollten.

Eine Schlüsselfigur hinter Trumps Ukraine-Plan war jedoch weder ein Russe noch ein russlandfreundlicher Ukrainer. Es sei die graue Eminenz der amerikanischen Aussenpolitik, Henry Kissinger, gewesen, der als beratende Kraft Trumps Bemühungen beistand. Kissinger habe Trump geholfen, einen Plan für die Ukraine auszuarbeiten, so eine Quelle.

In der Tat erinnert der Trump-Plan an Kissingers Skizze für einen Frieden, die dieser im Mai 2022 vorgelegt hatte. (In jüngerer Zeit ist Kissinger davon abgewichen und sieht die Neutralität für die Ukraine nicht mehr als realisierbar an.)

Trump und Kissinger seien seit Jahrzehnten miteinander bekannt. Sie hätten sich an Anlässen in der New Yorker Gesellschaft getroffen. Die beiden hätten oft Zeit in der Loge des ehemaligen New-York-Yankees-Besitzers, George Steinbrenner alias «The Boss», verbracht, wissen langjährige Bekannte Trumps. «Als Trump sich entschloss, als US-Präsident zu kandidieren, liessen wir ihn von Kissinger briefen», so ein langjähriger Mitarbeiter Trumps. Kissinger habe ihm seine Sicht in globalen Schlüsselfragen dargelegt und habe ihn beraten. Trump sei nicht immer gleicher Meinung gewesen wie der Doyen der amerikanischen Aussenpolitik, «aber er lernte höllisch viel von Kissinger».

Bei seinen Gesprächen mit Trump über einen Friedensplan für die Ukraine sei ein Punkt von zentraler Bedeutung gewesen. «Kissinger überzeugte Trump, indem er ihn an die Monroe-Doktrin erinnerte», so eine Quelle. In verknappter Form wird unter der Monroe-Doktrin von 1823 verstanden, dass die USA den amerikanischen Kontinent als «ihre» Hemisphäre beanspruchen, aus der sich der Rest der Welt heraushalten soll.

Wie weit die Friedenspläne bei Trumps Amtsende im Januar 2021 fortgeschritten waren, ist nicht bekannt. Trump hat kürzlich gegenüber

dem russischen Präsidenten erlaubt hatte, «etwas zu übernehmen». Es gebe «bestimmte Gebiete, die russischsprachig sind». Diese eindeutigen Aussagen wurden in der TV-Show allerdings nicht ausgestrahlt, wie der *Daily Beast* berichtete.

Fest steht, dass unter Biden in der Ukraine-Politik eine Kehrtwende erfolgte. Zwei Monate nach Amtsantritt nannte Biden Putin in einem TV-Interview einen «Killer». Das Verhältnis zwischen den beiden Ländern sei «sehr schlecht», hiess es darauf aus Moskau, und Biden wolle die Beziehungen zu Russland «definitiv nicht verbessern».

Putin antwortete auf Bidens «Killer»-Kommentar mit einer Gesprächsaufforderung. «Ich würde Präsident Biden gerne anbieten, unsere Diskussion fortzusetzen», aber nicht via aufgezeichnete Statements, sondern «in einem offenen und direkten Gespräch». Derweil begann er erste Truppen an die ukrainische Grenze zu verschieben.

Ignorierte Fragen

Schliesslich trafen sich die beiden im Mai 2021 in Genf. Putin habe dieses Treffen gewollt, um sowohl Bidens politische Position als auch dessen intellektuelle und geistige Verfassung auszuloten, berichten Zeugen, die beim Gipfel in Genf involviert waren. «Er (Putin) bekam einen tattrigen alten Mann zu Gesicht, der buchstäblich ein Nickerchen machen musste, um den Tag zu überstehen», einen Mann, der von grossen Notizkarten abgelesen habe, die ihm sein Team angefertigt hatte.

Putin habe sofort die Initiative ergriffen und dabei einen sehr forschenden Ton angeschlagen: «Wie können Sie erwarten, dass unser Land es zulässt, dass die Nato vor unserer Haustür steht?» Das würden die Vereinigten Staaten niemals zulassen, habe er mit Bezug auf die Monroe-Doktrin gesagt. «Sie haben eine Doktrin gegen so etwas. Wir haben unsere Doktrin.»

Biden habe ihn angeschaut, gelächelt, seinen Blick gesenkt und die Frage schlicht ignoriert. Schliesslich habe er in Plattitüden geantwortet wie «Wir haben eine lebenslange Freundschaft» oder «Es ist schön, Sie wiederzusehen». Nach dem Treffen habe Putin gewusst, dass er machen konnte, was er wollte. «Das hat er getan, und deshalb tut er es auch heute noch», so eine Quelle.

Was wusste Biden von Trumps Plänen? «Biden trat sein Amt an und wurde umfassend orientiert», erklärt ein Informant. Die nationale Sicherheitsbehörde und das Aussenministerium hätten Bidens aussenpolitisches Team über den Plan informiert. «Sie wussten, was die Kissinger-Trump-Politik sein würde, und weil Trumps Name draufstand, wollten sie sie nicht umsetzen.»

DES RECHTSBRUCHS

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats hat letzte Woche entschieden, 25 «eingemottete» Kampfpanzer der Schweizer Armee an Deutschland abzutreten. Sie sollen dort und anderswo in Europa jene Panzer ersetzen, welche an die Ukraine geliefert worden sind. Ein falscher Entscheid, der der Ukraine nichts nützt, aber der Schweiz schadet.

In der «Samstagsrundschau» von Radio SRF, die ihm devot das Mikrofon hinreckte, machte jetzt auch der deutsche Botschafter in der Schweiz mächtig Druck: «Wir erwarten von der Schweiz, dass sie in bestimmten Stellen über ihren neutralistischen Schatten springt», schnarrte der Diplomat Michael Flügger ziemlich un-diplomatisch.

«Es stellt sich die Frage, ob die strenge und altmodische Auslegung der Haager Konventionen völkerrechtlich nicht überholt ist», meint Flügger im Schweizer Staats-

radio weiter. Offenbar sind Rechtssicherheit und gültiges internationales Recht für ihn altmodisch und überholt.



Es gab eine Zeit: Diplomat Flügger.

Man kann sich etwa vorstellen, was in Deutschland abginge, wenn der brave bis unterwürfige Schweizer Botschafter in Berlin

in dieser Art seine Erwartungen ans Gastland formulieren würde. Aber die Schweiz lässt ja alles mit sich machen. Hat es nicht der amerikanische Botschafter vorgemacht?

Es gab schon einmal eine Zeit, in der unser nördliches Nachbarland die demokratischen und rechtsstaatlichen Schweizer Zustände als völlig antiquiert abtat. Um danach einen brutalen Vernichtungskrieg gegen Russland loszutreten, bei dem alle Begriffe der Haager Konventionen mit Füßen getreten wurden.

Eines ist sicher: Hätte Deutschland im Zweiten Weltkrieg die Schweiz wie so viele andere Länder überfallen, würde der deutsche Botschafter Michael Flügger keine solchen Töne spucken. Jedenfalls würden Polen, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Dänemark, Norwegen oder Griechenland einem Gesandten Deutschlands ziemlich nachdrücklich den Kopf waschen, wenn er eines der genannten Gastländer öffentlich zum Rechtsbruch auffordern würde.

Christoph Mörgeli

